

# Lohnverhandlungen: Ready to Rumble?

Die Lohnverhandlungen stehen unter keinem guten Stern. Alle wichtigen Daten, Aussichten, Fragen und Lösungen.



20. September  
2023

 Agenda  
Austria

**Die bevorstehenden Lohnverhandlungen werden so spannend wie ein guter Boxkampf. Die Gewerkschaften werden mindestens einen Inflationsausgleich verlangen und hätten sicher nichts dagegen, sogar – wie im Vorjahr – darüber abzuschließen. Doch viele Unternehmen wissen nicht, wo sie die immer weiter gestiegenen Kosten – nicht nur für den Faktor Arbeit – noch unterbringen sollen. Die eingeübten Rituale bei österreichischen Lohnverhandlungen könnten dieses Mal nicht ausreichen.**

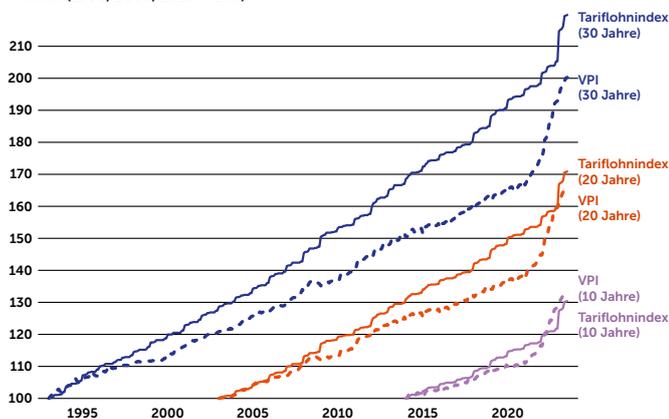
### Feuer am Dach

Dass Löhne generell an die Inflation angepasst werden, ist in Österreich übliche Praxis und eine gute Sache. Dauerhafte Reallohnverluste gibt es daher praktisch nie. Der gängige, nach dem österreichischen Gewerkschafter Anton Benya benannte Anpassungsmechanismus spricht den Arbeitnehmern darüber hinaus auch einen Teil der Produktivitätsgewinne zu; daher verläuft der Tariflohnindex typischerweise oberhalb der Entwicklung des Verbraucherpreisindex (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Löhne und Verbraucherpreise

### Entwicklung Tariflohn- und Verbraucherpreisindex (VPI)

– Index (1993, 2003, 2013 = 100)



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.

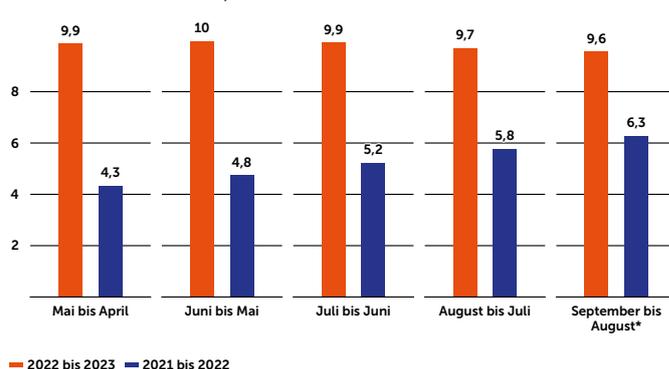
Nur wenn die Inflation sprunghaft steigt, kommt es zu einem Verzögerungseffekt: Da die rollierende Inflation der vergangenen zwölf Monate ausschlaggebend ist, kann es zu vorübergehenden Reallohnverlusten kommen; das war im Jahr 2022 der Fall. Sobald die Inflationsraten aber wieder sinken, dreht sich das Bild. Die Tariflohnsteigerungen liegen dann oberhalb der aktuellen Inflation und so kommt allmählich alles wieder ins Lot. Daher war Inflation in früheren Lohnverhandlungen selten ein allzu großes Thema. Gewerkschaften und Arbeitgebervertreter mussten sich „nur“

darüber einig werden, wie viel aufgrund von Produktivitätssteigerungen noch auf den Inflationsausgleich obendrauf kommen sollte. Doch gut möglich, dass das dieses Jahr nicht viel sein kann. Es scheint fraglich, ob die Abschlüsse wie im letzten Jahr wieder deutlich über der rollierenden Inflation liegen werden. Schließlich würde allein der Inflationsausgleich heuer erheblich höhere Abschlüsse erfordern als im Vorjahr (vgl. Abb. 2). Das dürfte vielen Arbeitgebern die Sorgenfalten auf die Stirn zeichnen. Schließlich sind auch die Kosten für Vorleistungen, Rohstoffe und Energie in vielen Bereichen weiterhin hoch. Der schon ausgehandelte Abschluss der Fleischer zeigt, dass es nicht viel Luft nach oben zu geben scheint: Die rollierende Inflation von Juli 2022 bis Juni 2023 lag bei 9,91 Prozent (vgl. Abb. 2); abgeschlossen haben sie mit 9,92 Prozent.

Abb. 2: Rollierende Inflation

### Inflationsausgleich wird heuer noch teurer

– rollierende Inflationsraten\*, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.

\* Durchschnitt der monatlichen Inflationsraten über je 12 Monate.

\*\* Vorläufiger Wert für August 2023.

Von Seiten der Arbeitnehmer ist dennoch klar: Die Reallohnverluste des letzten Jahres sollen jetzt aufgeholt werden. Der Zeitpunkt scheint günstig, denn der allgegenwärtige Arbeitskräftemangel bietet eine starke Verhandlungsposition. Doch muss man wirklich schon die Nägel in die Boxhandschuhe packen? Immerhin hat sich die österreichische Einkommenssituation in den letzten Jahren nicht so schlecht entwickelt. Der Budgetdienst teilte erst vor wenigen Wochen mit, dass die realen Arbeitseinkommen hierzulande zwischen 2019 und 2022 leicht gestiegen sind und durch umfangreiche staatliche Transfers deutlich stärker aufgestockt wurden als in vielen anderen Ländern.<sup>1</sup> Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) zeigt, dass die realen ver-

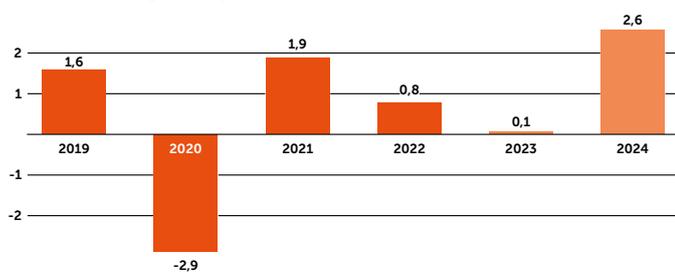
<sup>1</sup> Budgetdienst (2023).

fürbaren Haushaltseinkommen 2022 und in der Prognose auch für 2023 wenigstens stabil waren; für 2024 wird sogar ein recht deutliches Plus erwartet (vgl. Abb. 3).<sup>2</sup>

Abb. 3: Haushaltseinkommen

### Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen

– reale Veränderung zum Vorjahr, in Prozent



Quelle: WIFO.  
Anmerkung: Prognose für 2023 und 2024.



Nun müssen die Gewerkschaften die staatlichen Hilfen, die diese Effekte erst möglich gemacht haben, natürlich nicht in ihr Kalkül miteinbeziehen (und das werden sie auch nicht). Aber etwas schade ums Steuergeld ist es schon, wenn die Regierung die Einkommen stützt, die Löhne dann aber trotzdem so steigen sollen, als ob nichts gewesen wäre. Die helfende Hand der Regierung haben die Gewerkschaften schon im letzten Jahr ausgeschlagen, als sie die steuerfreien Einmalzahlungen, mit denen man die Menschen angesichts akut steigender Preise wohl schneller und deutlicher hätte entlasten können, entrüstet ablehnten.

Betrachtet man die ökonomische Großwetterlage, dann ist nicht so klar, ob der Zeitpunkt für satte Lohnerhöhungen der richtige ist. Die Prognosen lassen für dieses Jahr kein Wachstum erwarten. Auch die Aussichten sind eher trübe; zumal als ausgemacht gilt, dass die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) die Konjunktur noch weiter abbremsen muss, um die Inflation unter Kontrolle zu bekommen. Von hohen Lohnabschlüssen kann die Gefahr ausgehen, dass sowohl die Wachstumsaussichten sich weiter verschlechtern als auch dass die Inflation weiter befeuert wird. Laut Schätzungen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) erhöht ein Lohnabschluss in Höhe von zehn Prozent – was in etwa den minimalen Erwartungen der Arbeitnehmerseite entsprechen dürfte – die Inflation im Land um drei Prozentpunkte.<sup>3</sup> Die OeNB weist darauf hin, dass diese Schätzung sogar noch eher konservativ sein könnte, da der *Pass-Through*

mit Daten aus der Vergangenheit geschätzt wurde, als die Inflationsraten noch deutlich niedriger waren. Wenn die Abschlüsse der traditionellen Benya-Formel folgen oder sogar darüber hinaus gehen sollen, dann müssen die Löhne also nicht nur dieses Jahr kräftig steigen, sondern auch in den kommenden Jahren. Was macht das auf Dauer mit der Wettbewerbsposition eines Landes?

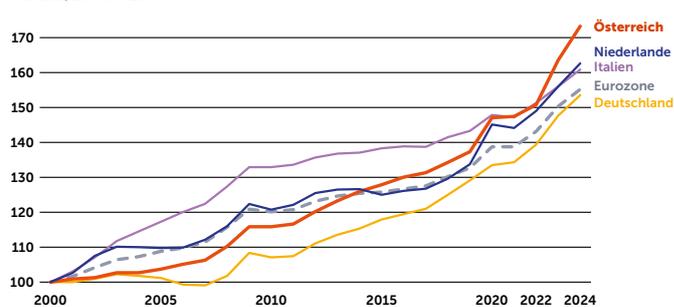
### Wie produktiv ist Österreich?

Steigen die Löhne schneller als die Produktivität, dann erhöhen sich die Lohnstückkosten, also die Lohnkosten je produzierter Einheit. Für den internationalen Wettbewerb sind dabei die nominalen Veränderungen relevant. So führt schon eine dauerhaft höhere Inflation in Land A bei gleicher Produktivität zu Verlusten der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Land B. Österreichs Lohnstückkosten stiegen zwar Anfang des Jahrtausends langsamer als im Durchschnitt der Eurozone; seit 2015 liegen wir aber oberhalb der Dynamik im Euroraum. Weil die Inflation in Österreich immer noch hoch ist, gehen die Prognosen der EU-Kommission davon aus, dass wir 2023 und 2024 deutliche Zuwächse verzeichnen werden und damit sogar einen höheren Anstieg der Lohnstückkosten sehen werden, als das zum Beispiel in Italien der Fall ist (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Lohnstückkosten

### Nominale Lohnstückkosten

– Index, 2000 = 100



Quelle: Eigene Berechnungen, EU-Kommission.  
Anmerkung: Prognosewerte ab 2023.



Ein derartiger Anstieg der Lohnstückkosten würde Österreich im internationalen Wettbewerb in eine schwierige Lage bringen. Es gibt im Wesentlichen zwei Wege, um so eine Entwicklung aufzuhalten: Die Löhne steigen langsamer oder die Produktivität wächst stärker als in anderen Ländern. Ersteres dürfte wohl ausgeschlossen sein; immerhin ist die Inflationsrate in Österreich höher als in vielen europäischen Ländern, sodass sich die Gewerkschaften kaum mit weniger zufriedengeben werden. So muss die gesamte Hoffnung auf dem Produktivitätswachstum liegen. Doch dieses hat sich in Österreich seit der Finanzkrise immer weiter abge-

<sup>2</sup> Glocker & Scheiblecker (2023).

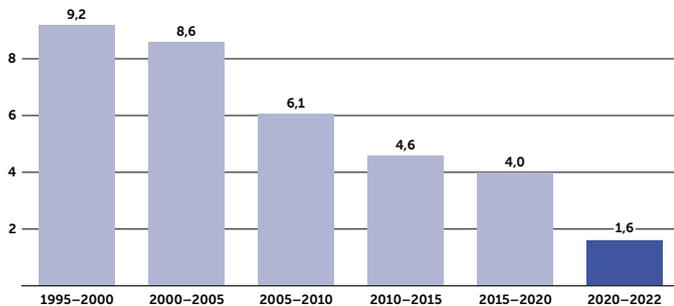
<sup>3</sup> Schneider & Stiglbauer (2022).

flacht (vgl. Abb. 5). Zwar halten wir uns ungefähr im europäischen Mittelfeld, doch das dürfte aufgrund der hierzulande höheren Inflationsraten nicht reichen. Außerdem machen die neuen EU-Mitgliedstaaten – nicht zuletzt aufgrund von ökonomischen Konvergenzeffekten – gigantische Produktivitätssprünge. Gerade für Österreich ist das gefährlich. Investoren dürften sich bei der Entscheidung, ein neues Werk entweder im östlichen Österreich oder in der westlichen Slowakei zu errichten, zukünftig immer leichter tun.

Abb. 5: Produktivität

**Produktivitätsentwicklung in Österreich**

– Entwicklung der realen Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, Eurostat.



**Oder einfach weniger arbeiten?**

Die Beobachtungen zur Produktivitätsentwicklung sind auch insofern relevant, als die von vielen geforderte Verkürzung der Vollzeit von 40 auf 32 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich einen Produktivitätsschub von zumindest 25 Prozent bräuchte, damit die Lohnstückkosten konstant bleiben können. Das würde den Produktivitätssteigerungen der vergangenen zwanzig Jahre entsprechen, die aber – wie viele zu glauben scheinen – nicht irgendwo herumliegen, sondern sukzessive auch über Lohnerhöhungen bereits weitergegeben wurden. Das Argument, dass man die Arbeitszeitverkürzung der 1970er-Jahre ja auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durchsetzen konnte, greift zu kurz. Damals bezeichnete man Produktivitätszuwächse in der Industrie von durchschnittlich über vier Prozent pro Jahr (!) schulterzuckend als „zufriedenstellend“.<sup>4</sup>

Brisant ist auch, dass derzeit eine Kombination aus Inflationsanpassung und Arbeitszeitverkürzung gefordert wird. Auf diese Weise würden sich die Arbeitskosten binnen drei Jahren um 50 Prozent erhöhen (vgl.

<sup>4</sup> Bayer (1983), S. 638.

Abb. 6). Es kann ausgeschlossen werden, dass sich das durch Produktivitätssteigerungen auch nur annähernd auffangen lässt. Vor allem, weil wir auch gegenüber anderen Ländern viel produktiver werden müssten, in denen eher nicht über die 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich diskutiert wird.

Abb. 6: 32-Stunden-Woche

**Effekte der Arbeitszeitverkürzung für ein Unternehmen**

– in Euro

	Personalkosten	
4 Mitarbeiter x 3.456 Euro Bruttolohn =	250.000	2022
+1 Mitarbeiter müsste ab 2023 beschäftigt und bezahlt werden, um bei der Arbeitszeitverkürzung die gleiche Arbeit leisten zu können.	339.375	+35,8 % 2023
In drei Jahren steigen dann die Lohnkosten um mehr als 50 Prozent.	363.471	+45,4 % 2024
	377.283	+50,9 % 2025

Quelle: Agenda Austria, WIFO.

Anmerkung: Unter der Annahme, dass es keine Produktivitätsgewinne gibt. Inflationsprognosen laut WIFO wirken sich verzögert um ein Jahr auf die Arbeitskosten aus.

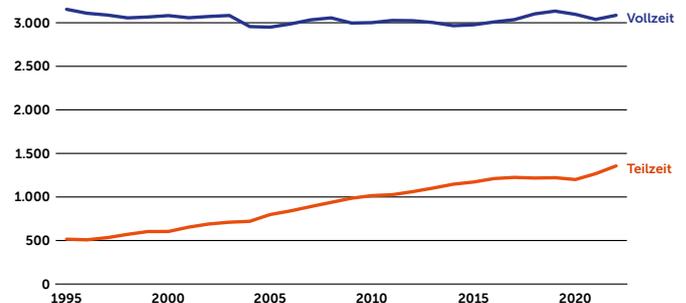


Doch abseits der öffentlichen Debatte um eine gesetzliche Regelung zur 32-Stunden-Woche ist es in den vergangenen Jahren längst zu einer effektiven Verkürzung der Arbeitszeit gekommen. Im Jahr 2022 gab es trotz Rekordbeschäftigung weniger Vollzeitbeschäftigten als noch 1995. Und das, obwohl die Bevölkerung seitdem um 1,2 Millionen Menschen gewachsen ist. Der Zuwachs der Beschäftigung geht exklusiv auf das Konto der Teilzeitarbeit (vgl. Abb. 7). Das muss keine schlechte Sache sein, wenn Menschen – vor allem solche mit Betreuungspflichten – aus der Inaktivität zumindest in eine Teilzeitarbeit wechseln. Immer mehr scheint es sich aber um ein flächendeckendes Phänomen zu handeln, an dem auch ehemals Vollzeitbeschäftigte Gefallen zu finden.

Abb. 7: Teilzeit

**Teilzeitrepublik Österreich**

– Anzahl der Erwerbstätigen nach Arbeitsausmaß



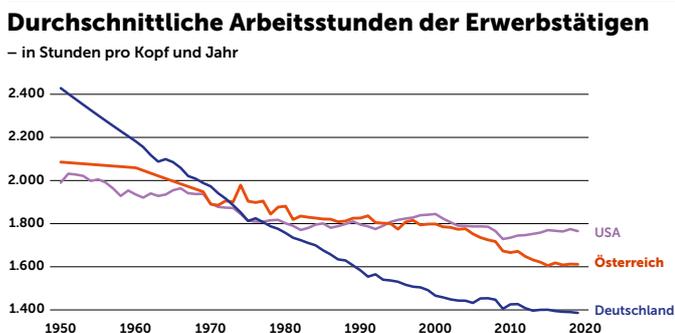
Quelle: Statistik Austria.



Der zunehmende Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten wie auch die gestiegene Frauenerwerbsbeteiligung – die erfreulich ist, aber oft unfreiwillig Teilzeitarbeit bedeutet – haben zu einer Reduktion der tatsächlich

gearbeiteten Stunden pro Jahr und Erwerbstätigen geführt. Besonders groß ist der Rückgang in Deutschland, aber auch in Österreich ist die Entwicklung drastischer als beispielsweise in den USA (vgl. Abb. 8).

Abb. 8: Jahresarbeitszeit



Quelle: Penn World Database, eigene Berechnungen.

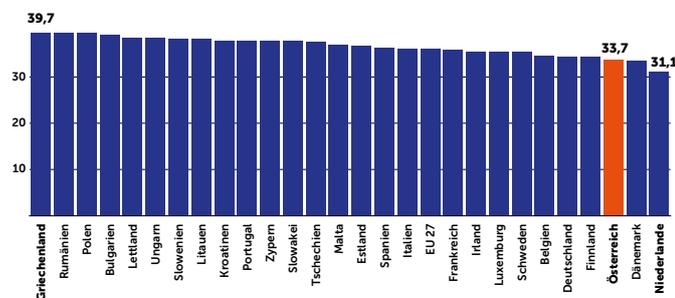


Und so kommt es, dass Österreich bei der tatsächlich geleisteten Wochenarbeitszeit im EU-Vergleich schon heute eher am südlichen Ende zu suchen ist (vgl. Abb. 9). Nur in Dänemark und den Niederlanden, die eine noch höhere Teilzeitquote haben, wird pro Jahr und Kopf noch weniger gearbeitet als in Österreich. Am fleißigsten ist man übrigens in Griechenland. Die Normarbeitszeit hierzulande noch weiter zu reduzieren, ist angesichts des ohnehin schon grassierenden Arbeitskräftemangels also keine sinnvolle Maßnahme. Sollte so etwas auch noch per Gesetz für alle Branchen und bei gleichem Lohn angestrebt werden, dann wird das unsere Wettbewerbssituation weiter verschlechtern.

Abb. 9: Arbeitsstunden pro Woche

**Nur Dänen und Niederländer arbeiten noch kürzer**

– durchschnittliche tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit im Jahr 2022, in Stunden



Quelle: Eurostat.

Anmerkung: Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen tatsächlich geleisteten Wochenarbeitsstunden in Haupttätigkeit bei allen Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren. Bei Personen, die mehrere Jobs haben, wird die höhere Stundenzahl berücksichtigt.



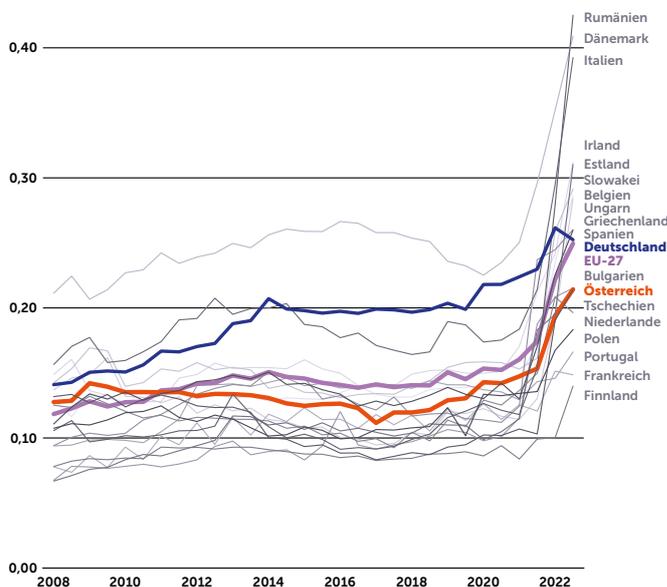
**Achillesferse Energieversorgung**

Doch nicht nur der Faktor Arbeit stellt die österreichischen Unternehmen vor Herausforderungen. Aufgrund der Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas stiegen auch die Energiepreise bei uns stärker als in anderen Ländern. Zwar sind die Strompreise für Unternehmen noch immer etwas günstiger als in Deutschland oder der EU insgesamt; allerdings verzeichneten wir zuletzt einen deutlich stärkeren Anstieg als in Deutschland (vgl. Abb. 10). Energieintensive Unternehmen bekommen hierzulande noch bis 2024 den Energiekostenzuschuss; doch ewig wird man die Probleme damit nicht zudecken können. Der Fiskalrat schätzt die Kosten dafür auf sieben bis acht Milliarden Euro.<sup>5</sup> Eine Fortsetzung wird in dieser Form nach 2024 kaum möglich sein. Es wird dann die Frage sein, wie energieintensive Unternehmen in Österreich weiter wettbewerbsfähig produzieren können.

Abb. 10: Strompreise im Vergleich

**Strompreise für Nichthaushaltskunden**

– in Euro je Kilowattstunde, Verbrauchsgruppe 500–2.000 MWh



Quelle: Eurostat.



Eine direkte Konsequenz aus den steigenden Energiekosten ist eine Verschlechterung der „Terms of Trade“. Sie zeigen das Verhältnis von erzielten Exportpreisen zu den zu zahlenden Importpreisen. Wenn ein Land für die Güter, die es bezieht, immer mehr bezahlen muss, seine eigenen Güter aber nicht teurer am Weltmarkt unterbringen kann, dann hat das langfristig unweigerlich Konsequenzen.

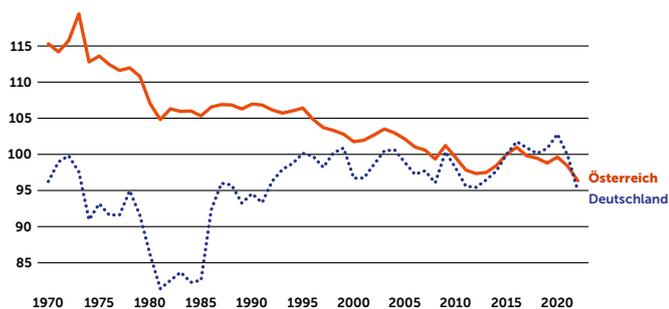
<sup>5</sup> Gruber-Német & Holler (2023).

zen für die heimische Wohlfahrt. Nicht zuletzt aufgrund der verteuerten Energieimporte sind die österreichischen Terms of Trade zuletzt deutlich gesunken. Gerade für eine kleine, stark in den internationalen Handel eingebundene Volkswirtschaft wie die unsere ist das ein Problem. In Deutschland sind die Terms of Trade zwar im letzten Jahr ebenfalls gesunken (aus denselben Gründen); die Entwicklung über einen längeren Zeitraum stellt sich aber wesentlich günstiger dar (vgl. Abb. 11).

Abb. 11: Terms of Trade

### Österreichische Terms of Trade verschlechtern sich

– Exportpreisindex / Importpreisindex, 1970–2022



Quelle: OECD.



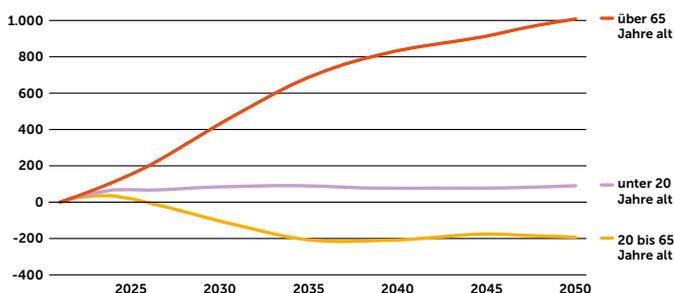
### Ausblick

Die Inflation wird uns noch eine Weile begleiten. Die aktuellen Inflationsprognosen lassen für Österreich erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts eine Rückkehr zur Normalität erwarten. Auch die Herausforderung, eine günstige Energieversorgung ohne Russland und ohne Treibhausgasemissionen auf die Beine zu stellen, könnte sich noch als Dauerbaustelle erweisen. Hinzu kommt die demografische Entwicklung, die sowohl den Arbeitskräftemangel verschärft als auch die fiskalischen Möglichkeiten des Staates weiter einschränkt.

Abb. 12: Demografischer Wandel

### Veränderung in der Bevölkerungsstruktur

– Zuwachs bzw. Rückgang der Personenzahl in der jeweiligen Altersgruppe im Vergleich zu 2021, in Tausend



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria.



Viele Menschen werden demnächst den Arbeitsmarkt verlassen und zu Leistungsempfängern werden. Bis 2050 werden in Österreich eine Million Menschen mehr über 65 Jahre alt sein als noch im Jahr 2021. Sie werden am Arbeitsmarkt fehlen, um zukünftiges Wachstum zu generieren. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre) wird im gleichen Zeitraum um rund 200.000 sinken (vgl. Abb. 12).

### Und nun?

Die österreichischen Meinungsbildner stehen Schlange, um auf die diesjährigen Lohnverhandlungen schon im Vorfeld mit ihren Zurufen einzuwirken. Darunter waren Vorschläge, die Lohnentwicklung an die Inflationsentwicklung in anderen Ländern zu koppeln, den BIP-Deflator statt des Verbraucherpreisindex zu nutzen, nur noch alle zwei Jahre zu verhandeln oder generell stärker leistungsorientiert zu bezahlen. Letztlich sind diese Zurufe weitgehend unnötig. Die Sozialpartner sollen nicht die strukturellen Probleme Österreichs lösen; das können sie auch gar nicht. Wenn sich aus den diesjährigen Lohnabschlüssen strukturelle Probleme für die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ergeben, dann folgen daraus Hausaufgaben für die Politik, nicht für die Sozialpartner.

Die Politik ist bei den Lohnverhandlungen zum Zuschauen verdammt. Aber langweilig muss ihr trotzdem nicht werden. Sie kann den Standort stärken, indem sie

- ... **aufhört, durch umfassende und zu breit gestreute Hilfspakete die Inflation in Österreich zu befeuern.** Je weiter wir uns bei der Teuerung von anderen Ländern entfernen, desto ungünstiger entwickelt sich die heimische Wettbewerbssituation, wenn die Lohnabschlüsse systematisch höher sein müssen als andernorts.
- ... **fiskalische Spielräume für Abgabensenkungen und Investitionen schafft.** Das geht durch strukturelle Reformen in Bereichen, in denen die Staatsausgaben davoneilen. Wenn netto mehr vom Brutto bleibt, dann lässt sich die Kaufkraft leichter erhalten.
- ... **die Erwerbsquote steigert.** Das geht teilweise durch die Anhebung des Pensionsantrittsalters. Idealerweise wird es an die Lebenserwartung gekoppelt, um es künftig dem politischen Wahlkampf zu entziehen. Es geht aber auch dadurch, dass arbeitswillige Pensionisten bei Steuern und Abgaben deutlich entlastet werden, wenn sie weiter am Arbeitsprozess teilhaben wollen.

- ... **die durchschnittliche Arbeitszeit dadurch erhöht**, dass sie steuerliche Anreize für Vollzeit schafft und flächendeckend gute Kinderbetreuungseinrichtungen bereitstellt.
- ... **gezielte Zuwanderung in Berufe mit Arbeitskräfteknappheit fördert**.
- ... **strukturelle Reformen in Bildung und Forschung vornimmt**, um die dringend benötigten Produktivitätsfortschritte zu vergrößern.

## Literatur

- Bayer, K. (1983):** Produktivitätswachstum österreichischer Industriebranchen im internationalen Vergleich. WIFO Monatsberichte 10/1983, S. 630–639. Online verfügbar unter: [https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1983Hef10\\_630\\_639.pdf](https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1983Hef10_630_639.pdf) (abgerufen am 15.09.2023).
- Budgetdienst (2023):** Einkommensentwicklung seit Beginn der COVID-19-Krise und Verteilungswirkungen der Unterstützungsmaßnahmen. Online verfügbar unter: <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/anfragebeantwortungen/BD-Einkommensentwicklung-seit-Beginn-der-COVID-19-Krise.pdf> (abgerufen am 15.09.2023).
- Glocker, C., Scheiblecker, M. (2023):** Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit. Prognose für 2023 und 2024. Konjunkturprognose 2/2023. Online verfügbar unter: [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=70813&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=70813&mime_type=application/pdf); (abgerufen am 15.09.2023).
- Gruber-Német, M., Holler, J. (2023):** Unternehmens-Energiekostenzuschuss II: Hohe budgetäre Kosten und Verbesserungspotenzial bei Maßnahmendesign. Online verfügbar unter: [https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:697e8aab-2d40-49f7-a0c2-0d14cfbf6b64/Budget%C3%A4re%20Kosten\\_EKZ2\\_20230307.pdf](https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:697e8aab-2d40-49f7-a0c2-0d14cfbf6b64/Budget%C3%A4re%20Kosten_EKZ2_20230307.pdf) (abgerufen am 15.09.2023).
- Schneider, M., Stiglbauer, A. (2022):** Inflation und Lohnverhandlungen. OeNB, Wien. Online verfügbar unter: <https://www.oenb.at/dam/jcr:7d15df54-43e6-4077-b3f5-5d0cb-ca118af/202210-25-inflation-und-lohnverhandlungen.pdf> (abgerufen am 15.09.2023).

Herausgegeben von der Denkfabrik



[www.agenda-austria.at](http://www.agenda-austria.at)

**Herausgeber**

Dr. Franz Schellhorn

**Autoren**

Dr. Jan Kluge  
Dr. Dénes Kucsera  
Mag. Hanno Lorenz

**Begutachtung**

PD Dr. Gerhard Reitschuler

**Lektorat**

MMag.a Judith Kreiner

**Infografiken**

Ksenia Pogorelova, MA

**Agenda Austria  
Türkenstraße 25/1/10  
1090 Wien  
Austria**

**T +43 1 361 99 61-0  
office@agenda-austria.at**

*agenda-austria.at*